



Der Schützenpanzer BMP-1:
101 Fahrzeuge befinden sich in Ägypten.

gabe von BMP-1-Schützenpanzern liegen keine Erkenntnisse vor.“

Das überrascht. Die Information, dass 101 dieser Panzer aus dem ehemaligen Bundeswehrbestand in Ägypten sind, ist öffentlich einsehbar. Sie steht in der Meldung, die Griechenland für 2019 an das Waffenregister der Vereinten Nationen machte. Der Eintrag „Export sale under transnational agreement“ deutet darauf hin, dass die Athener Regierung vorab in Deutschland um eine Genehmigung des Weiterverkaufs bat – so wie bei ähnlichen Deals in der Vergangenheit.

So genehmigte die Bundesregierung Griechenland 2005 die Weitergabe von 36 BMP-1-Panzern in den Irak, ein Jahr später gingen weitere 64 Exemplare mit deutscher Erlaubnis dorthin. Auch als Griechenland 2013 zwei unbewaffnete Schnellboote an Libyen abtrat, segnete die deutsche Regierung diese Aktion zuvor ab.

Warum sollte Griechenland 2019 urplötzlich eigenmächtig agiert haben? Wenn die Athener Regierung schon beim Weiterverkauf zweier unbewaffneter Schnellboote um Erlaubnis fragte, wäre eine nicht abgesprochene Weitergabe von 101 Panzern, ausgestattet mit einer halbautomatischen 73-Millimeter-Glattrrohrkanone, geeignet für panzerbrechende Granaten und Splittergeschosse, ein politischer Affront. Es scheint kaum vorstellbar, dass die schwer bewaffneten NVA-Ungetüme ohne Wissen der Bundesregierung nach Ägypten gelangten.

Weder die griechische Regierung noch das Bundesverteidigungsministerium geben dazu Auskunft. Athen beantwortete eine Handelsblatt-Anfrage gar nicht, Deutschland so: „Ob diese Weitergabe anzeigepflichtig war, kann aufgrund des lange zurückliegenden Vorgangs in der Kürze der Zeit nicht beantwortet werden“, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Die Abgabe der BMP-1-Panzer an Griechenland sei 27 Jahre her, derartige Vorgänge würden im Ministerium aber nur fünf Jahre vorgehalten. Das Ministerium brauche deshalb mindestens drei Wochen zur Spurensuche. Eine Stellungnahme sei „nicht vor Anfang September möglich“. Die Opposition will nicht so lang warten. „Die Bundesregierung muss rasch offenlegen, wer den Waffendeal mit Ägypten durchgewinkt hat“, sagt Linken-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen. Sollte sie keine Kenntnis vom dem Fall haben, „wäre das ein weiterer Beleg dafür, dass sie sich um den Endverbleib einmal exportierter Waffen nicht weiter kümmert.“

Bei den Panzern, die möglicherweise bald auf Demonstranten in Ägypten oder Regierungstruppen in Libyen feuern, stehe die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik auf dem Spiel. Dagdelen: „Wer morgens Rüstungsgüter an Libyen-Brandstifter wie Ägypten exportiert oder auf sein Vetorecht bei Waffenausfuhren Dritter verzichtet, kann nachmittags nicht glaubwürdig als Friedensvermittler agieren.“

Grünen-Politikerin Katja Keul erinnert Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) an seine Appelle, das Waffenembargo in Libyen zu respektieren. Keul nannte Maas „nicht glaubwürdig“, wenn er zulasse, dass deutsche Waffen in Länder wie Ägypten gelangen, „die selbst das Embargo verletzen“.

Rüstungsexporte

Deutsche Panzer für Ägypten

Seit seinem Putsch herrscht Ägyptens Diktator Abdel-Fattah al-Sisi mit eiserner Hand. Neuerdings stehen ihm dafür auch 101 Schützenpanzer aus Deutschland zur Verfügung. Das bringt die Bundesregierung in Erklärungsnot.

Sönke Iwersen, Otfried Nassauer, Michael Verfürden, Melanie Raidl
Berlin, Düsseldorf

Er feuert sechs Schuss pro Minute, ist mehr als 13 Tonnen schwer und kann schwimmen. Der sowjetische Schützenpanzer BMP-1 gilt als Meilenstein der Rüstungsgeschichte, wurde 1967 bei der Oktoberparade auf dem Roten Platz vorgestellt. Noch heute vertrauen weltweit mehr als 30 Armeen auf die Fähigkeiten des Panzers, der neben drei Mann Besatzung acht Soldaten transportieren kann. Nun sind 101 Exemplare, die einst Deutschland gehörten, in Ägypten aufgetaucht. Das wirft Fragen an die Bundesregierung auf, die sie nicht beantwortet.

Vor der Wende hatte die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR 1100 der BMP-1-Panzer im Arsenal. 1994 gab Deutschland 501 dieser Fahrzeuge an Griechenland ab. Das erleichterte der Bundesregierung, die zulässigen Obergrenzen für schwere Waffen einzuhalten. Alternativ hätten die Panzer verschrottet werden müssen – zu Kosten von etlichen Tausend Euro pro Fahrzeug und verbunden mit Umweltrisiken wegen der verbauten Schadstoffe.

Ganz ohne Vorbehalt bekamen die Griechen ihre Panzer aber nicht geschenkt. Deutschland sicherte sich laut Insidern wie üblich ein Vetorecht für den Fall, dass der Nato-Partner die BMP-1 eines Tages weiterverkaufen wollte. So hätte die Bundesregierung

verhindern können, dass deutsche Panzer in die falschen Hände geraten.

Nun sind sie in Ägypten gelandet. Vor sieben Jahren putschte sich dort Abdel-Fattah al-Sisi an die Macht, der Oberbefehlshaber der ägyptischen Streitkräfte. Al-Sisi war für das Massaker am 14. August 2013 in Kairo verantwortlich, bei dem seine Sicherheitskräfte mehr als 800 Männer, Frauen und Kinder erschossen. Unter seiner

”

Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Weitergabe liegen keine Erkenntnisse vor.

Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums

Präsidenschaft verschwanden Kritiker in Gefängnissen, die Zahl der Hinrichtungen stieg rapide. 2015 sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert wegen der Verfolgung Oppositioneller und der vielen Todesurteile in Ägypten ein Treffen mit al-Sisi ab. 2017 verhängte al-Sisi einen Ausnahmezustand – und verlängerte ihn seither zwölfmal. Zwischendurch wurde gewählt. Al-Sisi gewann nach offiziellen Angaben mit 97 Prozent der Stimmen.

Der ägyptische Diktator setzt auch außerhalb der Landesgrenzen auf Ge-

walt. Im benachbarten Libyen unterstützt seine Luftwaffe im Bürgerkrieg den abtrünnigen General Chalifa Haftar. Die libyschen Regierungstruppen erhalten dagegen militärische Hilfe aus der Türkei und konnten Haftars Truppen in Richtung Ägypten zurückdrängen. Im Gegenzug ließ sich al-Sisi vom Parlament den Weg für einen Einsatz von Bodentruppen in Libyen ebnen, „um die nationale Sicherheit in westlicher Richtung gegen kriminelle und bewaffnete Milizen“ zu verteidigen.

Wie passen deutsche Panzer in dieses Szenario? Die Bundesregierung hat sich zumindest in der Theorie strenge Regeln auferlegt. In den Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern heißt es, ihr Endverbleib sei „in wirksamer Weise sicherzustellen“. Abnehmer dürften sie nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung an dritte Länder weitergeben. Eine „hervorgehobene Rolle“ spiele beim Export die Menschenrechtssituation im Empfängerland.

Ministerium auf Spurensuche

Das Handelsblatt fragte die Bundesregierung, welche Faktoren darüber entschieden, dass Deutschland einer Weitergabe der ehemaligen NVA-Panzer von Griechenland an Ägypten zustimmte. Ein Sprecher des für den Export von Waffen aus Bundeswehrbeständen zuständigen Verteidigungsministeriums antwortete: „Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Weiter-

501

Schützenpanzer des Typs BMP-1 gab Deutschland nach 1994 an Griechenland ab.
Quelle: Bundeswehr